Beschluss über die Neufassung der Hauptsatzung der Gemeinde Sagard

<i>Organisationseinheit:</i> Zentrale Dienste <i>Bearbeitung:</i> Susann Schulze	<i>Datum</i> 23.06.2024
---	----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Gemeindevertretung der Gemeinde Sagard (Entscheidung)		Ö

Sachverhalt

Nach § 5 Abs. 2 KV M-V hat jede Gemeinde eine Hauptsatzung zu erlassen. Zur Vereinfachung der Verfahrensweise auf Grund diverser gesetzlicher Veränderungen wurde durch das Amt keine Änderungssatzung sondern eine neue Hauptsatzung erarbeitet und wird den Gemeindevertretern zur Beschlussfassung vorgelegt.

Beschlussvorschlag

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Sagard beschließt, die Hauptsatzung der Gemeinde Sagard in vorliegender Fassung.

Finanzielle Auswirkungen

Haushaltsmäßige Belastung:	Ja:	☒	Nein:	☐
Kosten:	€	Folgekosten:	€	
Sachkonto:				
Stehen die Mittel zur Verfügung:	Ja:	☐	Nein:	☐

Anlage/n

1	Sagard - Hauptsatzung 2024 (öffentlich)
2	Synopse 2024 (öffentlich)

Hauptsatzung der Gemeinde Sagard

Präambel

Auf der Grundlage des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Mai 2024 (GVObI. M-V S. 154) wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 3. Juli 2024 und nach Anzeige bei der Rechtsaufsichtsbehörde nachfolgende Hauptsatzung erlassen:

§ 1

Name, Wappen, Flagge und Dienstsiegel

(1) Die Gemeinde Sagard führt ein Wappen, eine Flagge und ein Dienstsiegel.

(2) Das Wappen zeigt in blau eine erniedrigte goldene Spitze, darin drei (1,2) blaue Bügelkronen. Darüber schwebt ein silberner Brunnentempel, der von je einer goldenen Getreideähre beseitet wird.

(3) Die Flagge der Gemeinde Sagard zeigt in 3 Langstreifen die Farben Blau – Weiß – Blau.

Die blauen Streifen nehmen je ein Viertel der Flaggenhöhe ein. Der weiße Streifen nimmt die Hälfte der Flaggenhöhe ein und ist in der Mitte mit dem Gemeindewappen belegt, wobei das Gemeindewappen ein Drittel der Höhe des Flaggentuches einnimmt. Die Länge des Flaggentuches verhält sich zur Höhe wie 5 zu 3.

Für besondere Formen der Flaggenführung (Banner, Hängeflagge, Wimpel, etc.) wird eine abweichende Gestaltung vorbehalten.

(4) Das Dienstsiegel der Gemeinde Sagard hat einen Durchmesser von 3,5 cm, es ist durch einen umlaufenden Ring als Rand begrenzt, zeigt das Gemeindewappen und die Umschrift „GEMEINDE SAGARD • LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN •“.

(5) Die Verwendung des Namens, des Wappens und der Flagge durch Dritte bedarf der Genehmigung des Bürgermeisters.

§ 2

Ortsteile

Die Gemeinde besteht aus den Ortsteilen Groß Volksitz, Hoch Seelow, Gummanz, Neddesitz, Neuhof, Polkvitz, Promoisel, Quatzendorf, Quoltitz, Sagard, Vorwerk und Marlow. Es werden keine Ortsteilvertretungen gebildet.

§ 3 Rechte der Einwohner

- (1) Der Bürgermeister kann aufgrund von überragend wichtigen Vorhaben oder Vorkommnissen eine Versammlung der Einwohner der Gemeinde einberufen. Die Einwohnerversammlung kann auch begrenzt auf Ortsteile durchgeführt werden.
- (2) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die in der Gemeindevertretersitzung behandelt werden müssen, sollen dieser in einer angemessenen Frist zur Beratung vorgelegt werden.
- (3) Die Einwohnerinnen und Einwohner erhalten die Möglichkeit, in einer Fragestunde vor Beginn des öffentlichen Teils der Gemeindevertretersitzung Fragen an alle Mitglieder der Gemeindevertretung sowie den Bürgermeister zu stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten. Die Fragen, Vorschläge und Anregungen dürfen sich dabei nicht auf Beratungsgegenstände der nachfolgenden Sitzung der Gemeindevertretung beziehen. Für die Fragestunde ist eine Zeit bis zu 30 Minuten vorzusehen.
- (4) Der Bürgermeister ist verpflichtet, im öffentlichen Teil der Sitzung der Gemeindevertretung über wichtige Gemeindeangelegenheiten zu berichten.

§ 4 Gemeindevertretung

- (1) Die Gemeindevertretersitzungen sind öffentlich.
- (2) Anfragen von Gemeindevertretern sollen spätestens fünf Arbeitstage vorher beim Bürgermeister eingereicht werden. Mündliche Anfragen während der Gemeindevertretersitzung sollen, sofern sie nicht in der Sitzung selbst beantwortet werden, spätestens innerhalb von vierzehn Tagen schriftlich beantwortet werden. Die Einwohnerfragestunde steht den Mitgliedern der Gemeindevertretung für ihre Anfragen nicht zur Verfügung.
- (3) Die Öffentlichkeit ist grundsätzlich in folgenden Fällen ausgeschlossen:
1. einzelne Personalangelegenheiten außer Wahlen und Abberufungen,
 2. Steuer- und Abgabeangelegenheiten Einzelner,
 3. Grundstücksgeschäfte,

Sollten keine überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner betroffen sein, sind auch die Angelegenheiten der Ziffern 1-4 in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

§ 5 Ausschüsse

- (1) Folgende Ausschüsse werden gebildet:

Bezeichnung/ Zusammensetzung	Aufgabengebiet
---------------------------------	----------------

a) Haupt- und Finanzausschuss
Bürgermeister und
6 Gemeindevertreter

- Finanz- und Haushaltsangelegenheiten einschließlich Abgabenangelegenheiten
- Personal- und Organisationsangelegenheiten
- Schulangelegenheiten
- Brandschutz
- Marktangelegenheiten
- Entscheidungen über den Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten ab einem Wert von 5.000,01 EUR, wenn der Erwerb im Zusammenhang mit einer Maßnahme steht, die von der Gemeindevertretung im Rahmen einer Haushaltssatzung oder auf andere Weise beschlossen worden ist,
- Entscheidungen über die entgeltliche Veräußerung, den Tausch oder die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten ab einem Wert von 5.000,01 EUR,
- Entscheidungen zum Erwerb von beweglichen Sachen, von Forderungen und anderen Rechten ab einem Wert von 5.000,01 EUR bis zum Wert von 10.000,00 EUR,
- Entscheidungen zur entgeltliche Veräußerung von beweglichen Sachen, Forderungen und anderen Rechten ab einem Wert von 5.000,01 EUR bis zu einem Wert von 10.000,00 EUR,
- unentgeltliche Veräußerung von Grundstücken, beweglichen Sachen, Forderungen und anderen Rechten ab einem Wert von 1.000 EUR bis zu einem Wert von 5.000,01 EUR
- im Rahmen der Haushaltsführung, Entscheidungen zu überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt bzw. überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt im Einzelfall von einem Wert ab 1.000,01 EUR sowie die Entscheidung zu außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt bzw. außerplanmäßige Auszahlungen im Finanzhaushalt im Einzelfall von einem Wert ab 1.000,01 EUR, mit Ausnahme der zahlungsunwirksamen über- oder außerplanmäßigen Aufwendungen, die in die Zuständigkeit des Bürgermeisters fallen,
- Aufnahme von genehmigten Krediten ab einem Wert von 50.000,01 EUR,
- Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung von anderen Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsge-

- schäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen ab einem Wert von 5.000,01 EUR bis zu einem Wert von 10.000 EUR,
- alle sonstigen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verträge sowie einseitige schuldrechtliche Verpflichtungen ab einem Wert von 5.000,01 EUR bis zu einem Wert von 10.000 EUR.
 - Entscheidungen über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im Sinne von § 44 Abs. 4 KV M-V von 100 bis 1.000 Euro

Die Gemeindevertretung ist laufend über die Entscheidungen zu unterrichten

b) Ausschuss für Bildung, Soziales, Jugend, Kultur und Sport

- 4 Gemeindevertreter und
3 sachkundiger Einwohner
- Betreuung der Schul- und Kultureinrichtungen
 - Kulturförderung
 - Sportentwicklung
 - Jugendförderung
 - Kindertagesstätten
 - Sozialangelegenheiten

c) Ausschuss für Bau, Gemeindeentwicklung und Umwelt

- 4 Gemeindevertreter und
3 sachkundiger Einwohner
- Bauleitplanung und Bauwesen
 - Sanierung und Dorfentwicklung
 - Verkehrs und Wirtschaftsförderung
 - Tourismus
 - Umwelt- und Naturschutz
 - Landschaftspflege

(2) Die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses sind nicht öffentlich. Die Sitzungen des Ausschusses für Bildung, Soziales, Jugend, Kultur und Sport und des Ausschusses für Bau, Gemeindeentwicklung und Umwelt sind öffentlich, hierbei sind die Regelungen des § 3 Abs. 2 zu berücksichtigen.

(3) Es werden keine Stellvertreter für die Mitglieder der Ausschüsse gewählt. Für die jeweiligen Vorsitzenden der Ausschüsse sind zwei Stellvertreter zu wählen (§ 36 Abs. 4 KV M-V).

(4) Die Aufgaben des Rechnungsprüfungsausschusses werden dem Rechnungsprüfungsausschuss des Amtes übertragen.

§ 6 Bürgermeister

(1) Der Bürgermeister trifft Entscheidungen unterhalb der folgenden Wertgrenzen:

1. Entscheidungen über den Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR, wenn der Erwerb im Zusammenhang mit einer Maßnahme steht, die von der Gemeindevertretung im Rahmen einer Haushaltssatzung oder auf andere Weise beschlossen worden ist,
2. Entscheidungen über die entgeltliche Veräußerung, den Tausch oder die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR,
3. Entscheidungen zum Erwerb von beweglichen Sachen, von Forderungen und anderen Rechten bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR,
4. Entscheidungen zur entgeltliche Veräußerung von beweglichen Sachen, Forderungen und anderen Rechten bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR,
5. unentgeltliche Veräußerung von Grundstücken, beweglichen Sachen, Forderungen und anderen Rechten bis zu einem Wert von 1.000,00 EUR,
6. im Rahmen der Haushaltsführung Entscheidungen zu überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt bzw. überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt im Einzelfall von bis zu 1.000,00 EUR, sowie die Entscheidung zu außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt bzw. außerplanmäßige Auszahlungen im Finanzhaushalt im Einzelfall von bis zu 1.000,00 EUR,
7. Aufnahme von genehmigten Krediten bis zu einem Wert von 50.000,00 EUR,
8. Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung von anderen Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR,
9. alle sonstigen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verträge sowie einseitige schuldrechtliche Verpflichtungen bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR. Bei Dauerschuldverhältnissen und wiederkehrenden Leistungen bestimmen sich die Wertgrenzen nach dem Jahresbetrag der Leistungen.
10. Entscheidungen zum gemeindlichen Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der Empfehlung des Ausschusses für Bau, Gemeindeentwicklung und Umwelt

(2) Die Gemeindevertretung ist laufend über die Entscheidungen im Sinne des Abs. 1 zu unterrichten.

(3) Verpflichtungserklärungen der Gemeinde bis zu einer Wertgrenze von 750,- € bzw. von 250,- € bei wiederkehrenden Verpflichtungen können vom Bürgermeister allein bzw. durch eine oder einen von ihm beauftragten Bediensteten des Amtes in einfacher Schriftform ausgefertigt werden. Bei Erklärungen gegenüber einem Gericht liegt diese Wertgrenze bei 2.500,-€.

(4) Der Bürgermeister entscheidet über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnliche Zuwendungen bis 100 Euro.

§ 7 Entschädigungen

(1) Der Bürgermeister erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung von 1.800 Euro. Eine Weiterzahlung erfolgt im Krankheitsfall und auch bei urlaubsbedingter Abwesenheit, soweit diese zu vertretenden Zeiten zusammenhängend nicht über 3 Monate hinausgehen.

(2) Der oder die erste stellvertretende Person des ehrenamtlichen Bürgermeisters erhält monatlich 360 Euro, die zweite Stellvertretung monatlich 180 Euro. Zusätzlich erhalten sie ein Sitzungsgeld von 40 Euro. Sollte bei Verhinderung des Bürgermeisters ein konkretes Dienstgeschäft vorgenommen werden, erhalten diese Personen für die Stellvertretung ein Dreißigstel der Bürgermeisterentschädigung nach Abs. 1, wenn es sich nicht um eine Sitzung handelt. Nach drei Monaten Vertretung erhält die stellvertretende Person die volle Aufwandsentschädigung nach Abs. 1. Damit entfallen Aufwandsentschädigungen für die Stellvertretung.

(3) Die Mitglieder der Gemeindevertretung erhalten für Sitzungen der Gemeindevertretungen, ihrer Ausschüsse und der Fraktionen ein Sitzungsgeld von 40 Euro. Gleiches gilt für die sachkundigen Einwohner für die Teilnahme an Sitzungen des Ausschusses, in dem sie gewählt worden sind und der Fraktion, die sich mit der Sitzungsvorbereitung dieser Ausschusssitzungen befasst. Ausschussvorsitzende erhalten für jede von ihnen geleitete Ausschusssitzung 60 Euro Die Mitglieder der Gemeindevertretung, die keine funktionsbezogene Aufwandsentschädigung nach den Absätzen 1, 2 oder 5 erhalten, erhalten einen monatlichen Sockelbetrag von 30 €.

(4) Pro Tag darf nur ein Sitzungsgeld gewährt werden.

(5) Die Vorsitzenden der Fraktionen erhalten eine funktionsbezogene Aufwandsentschädigung von 100 Euro. Zusätzlich erhalten sie für die Sitzung der Gemeindevertretung und der Ausschüsse das Sitzungsgeld nach Abs. 3.

§ 8 Öffentliche Bekanntmachungen

(1) Öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde erfolgen durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln. Die zusätzlichen Internetbekanntmachungen nach den Vorschriften des BauGB erfolgen über die Internetseite www.amt-nord-ruegen.de.

(2) Die Bekanntmachungstafeln der Gemeinde befinden sich:

- in Sagard in der Schulstraße 15 (Gemeindezentrum - außerhalb am Gebäude),
- in Sagard in der August-Bebel-Straße Nr. 36 (ehemaliges Boxmuseum - außerhalb des Gebäudes),
- in Sagard in der Ernst-Thälmann-Straße Nr. 37 (Amtsverwaltung - außerhalb des Gebäudes) und
- in Neddesitz neben der Feuerwehr (außerhalb des Gebäudes)

(3) Die Dauer des Aushangs beträgt 14 Tage (Aushangsfrist), wobei der Tag des Anschlags und der Tag der Abnahme nicht mitgerechnet werden. Die Bekanntmachung ist mit Ablauf des letzten Tages der Aushangsfrist bewirkt. Für öffentliche Bekanntmachungen nach § 29 Abs. 6 KV M-V ist die in der Geschäftsordnung festgelegte Frist maßgebend.

(4) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas andere bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.

(5) Vereinfachte Bekanntmachungen und Wahlbekanntmachungen erfolgen durch Aushang an den unter Absatz 2 genannten Bekanntmachungstafeln. Absatz 3 Satz 3 ist gleichfalls anzuwenden.

(6) Ist die öffentliche Bekanntmachung einer ortsrechtlichen Bestimmung in üblicher Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so ist die Bevölkerung durch schriftliche Einzelinformation in Kenntnis zu setzen. Die öffentliche Bekanntmachung in der vorgeschriebenen Form ist nach dem Entfallen des Hinderungsgrundes unverzüglich nachzuholen.

(7) Einladungen zu den Sitzungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse werden durch Aushang an den unter Absatz 2 genannten Bekanntmachungstafeln öffentlich bekannt gemacht.

(8) Die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Gemeindevertretungssitzungen sind über die Internetseite www.amt-nord-ruegen.de einzusehen.

§ 9 Inkrafttreten

(1) Diese Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 18. Oktober 2019 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 15. Oktober 2019 außer Kraft.

Sagard,

S. Wenzel
Bürgermeister

Hauptsatzung 2019	Hauptsatzung 2024	Begründung
§ 1 Name, Wappen, Flagge und Dienstsiegel	§ 1 Name, Wappen, Flagge und Dienstsiegel	
(1) Die Gemeinde Sagard führt ein Wappen, eine Flagge und ein Dienstsiegel.	(1) Die Gemeinde Sagard führt ein Wappen, eine Flagge und ein Dienstsiegel.	
(2) Das Wappen zeigt in blau eine erniedrigte goldene Spitze, darin drei (1,2) blaue Bügelkronen. Darüber schwebt ein silberner Brunnen-tem-pel, der von je einer goldenen Getreideähre be-seitet wird.	(2) Das Wappen zeigt in blau eine erniedrigte goldene Spitze, darin drei (1,2) blaue Bügelkronen. Darüber schwebt ein silberner Brunnen-tem-pel, der von je einer goldenen Getreideähre be-seitet wird.	
<p>(3) Die Flagge der Gemeinde Sagard zeigt in 3 Langstreifen die Farben Blau – Weiß – Blau.</p> <p>Die blauen Streifen nehmen je ein Viertel der Flaggenhöhe ein. Der weiße Streifen nimmt die Hälfte der Flaggenhöhe ein und ist in der Mitte mit dem Gemeindewappen belegt, wobei das Gemeindewappen ein Drittel der Höhe des Flaggentuches einnimmt. Die Länge des Flaggentuches verhält sich zur Höhe wie 5 zu 3.</p> <p>Für besondere Formen der Flaggenführung (Banner, Hängeflagge, Wimpel, etc.) wird eine abweichende Gestaltung vorbehalten.</p>	<p>(3) Die Flagge der Gemeinde Sagard zeigt in 3 Langstreifen die Farben Blau – Weiß – Blau.</p> <p>Die blauen Streifen nehmen je ein Viertel der Flaggenhöhe ein. Der weiße Streifen nimmt die Hälfte der Flaggenhöhe ein und ist in der Mitte mit dem Gemeindewappen belegt, wobei das Gemeindewappen ein Drittel der Höhe des Flaggentuches einnimmt. Die Länge des Flaggentuches verhält sich zur Höhe wie 5 zu 3.</p> <p>Für besondere Formen der Flaggenführung (Banner, Hängeflagge, Wimpel, etc.) wird eine abweichende Gestaltung vorbehalten.</p>	
(4) Das Dienstsiegel der Gemeinde Sagard hat einen Durchmesser von 3,5 cm, es ist durch einen umlaufenden Ring als Rand begrenzt, zeigt das Gemeindewappen und die Umschrift „GE-MEINDE SAGARD • LANDKREIS VORPOM-MERN-RÜGEN •“.	(4) Das Dienstsiegel der Gemeinde Sagard hat einen Durchmesser von 3,5 cm, es ist durch einen umlaufenden Ring als Rand begrenzt, zeigt das Gemeindewappen und die Umschrift „GE-MEINDE SAGARD • LANDKREIS VORPOM-MERN-RÜGEN •“.	

(5) Die Verwendung des Namens, des Wappens und der Flagge durch Dritte bedarf der Genehmigung des Bürgermeisters.	(5) Die Verwendung des Namens, des Wappens und der Flagge durch Dritte bedarf der Genehmigung des Bürgermeisters.	
§ 2 Ortsteile	§ 2 Ortsteile	
Die Gemeinde besteht aus den Ortsteilen Groß Volksitz, Hoch Seelow, Gummanz, Neddesitz, Neuhof, Polkvitz, Promoisel, Quatzendorf, Quoltitz, Sagard, Vorwerk und Marlow. Es werden keine Ortsteilvertretungen gebildet.	Die Gemeinde besteht aus den Ortsteilen Groß Volksitz, Hoch Seelow, Gummanz, Neddesitz, Neuhof, Polkvitz, Promoisel, Quatzendorf, Quoltitz, Sagard, Vorwerk und Marlow. Es werden keine Ortsteilvertretungen gebildet.	
§ 3 Rechte der Einwohner		
(1) Der Bürgermeister kann aufgrund von überaus wichtigem Vorhaben oder Vorkommnissen eine Versammlung der Einwohner der Gemeinde einberufen. Die Einwohnerversammlung kann auch begrenzt auf Ortsteile durchgeführt werden.	(1) Der Bürgermeister kann aufgrund von überaus wichtigem Vorhaben oder Vorkommnissen eine Versammlung der Einwohner der Gemeinde einberufen. Die Einwohnerversammlung kann auch begrenzt auf Ortsteile durchgeführt werden.	
(2) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die in der Gemeindevertretersitzung behandelt werden müssen, sollen dieser in einer angemessenen Frist zur Beratung vorgelegt werden.	(2) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die in der Gemeindevertretersitzung behandelt werden müssen, sollen dieser in einer angemessenen Frist zur Beratung vorgelegt werden.	
(3) Die Einwohnerinnen und Einwohner erhalten die Möglichkeit, in einer Fragestunde vor Beginn des öffentlichen Teils der Gemeindevertretersitzung Fragen an alle Mitglieder der Gemeindevertretung sowie den Bürgermeister zu	(3) Die Einwohnerinnen und Einwohner erhalten die Möglichkeit, in einer Fragestunde vor Beginn des öffentlichen Teils der Gemeindevertretersitzung Fragen an alle Mitglieder der Gemeindevertretung sowie den Bürgermeister zu stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten. Die Fragen, Vorschläge und Anregungen	

stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten. Für die Fragestunde ist eine Zeit bis zu 30 Minuten vorzusehen.	dürfen sich dabei nicht auf Beratungsgegenstände der nachfolgenden Sitzung der Gemeindevertretung beziehen. Für die Fragestunde ist eine Zeit bis zu 30 Minuten vorzusehen.	Der Zusatz dient der Klarstellung. Die Gemeindevertretung kann aber auch auf diese Regelung verzichten und Fragen, Anregungen und Vorschläge zu den Tagesordnungspunkten der Sitzung zulassen.
(4) Der Bürgermeister ist verpflichtet, im öffentlichen Teil der Sitzung der Gemeindevertretung über wichtige Gemeindeangelegenheiten zu berichten.	(4) Der Bürgermeister ist verpflichtet, im öffentlichen Teil der Sitzung der Gemeindevertretung über wichtige Gemeindeangelegenheiten zu berichten.	
§ 4 Gemeindevertretung		
(1) Die Gemeindevertretersitzungen sind öffentlich.	(1) Die Gemeindevertretersitzungen sind öffentlich.	
(2) Anfragen von Gemeindevertretern sollen spätestens fünf Arbeitstage vorher beim Bürgermeister eingereicht werden. Mündliche Anfragen während der Gemeindevertretersitzung sollen, sofern sie nicht in der Sitzung selbst beantwortet werden, spätestens innerhalb von vierzehn Tagen schriftlich beantwortet werden.	(2) Anfragen von Gemeindevertretern sollen spätestens fünf Arbeitstage vorher beim Bürgermeister eingereicht werden. Mündliche Anfragen während der Gemeindevertretersitzung sollen, sofern sie nicht in der Sitzung selbst beantwortet werden, spätestens innerhalb von vierzehn Tagen schriftlich beantwortet werden. Die Einwohnerfragestunde steht den Mitgliedern der Gemeindevertretung für ihre Anfragen nicht zur Verfügung.	Zusatz dient der Klarstellung, dass die Einwohnerfragestunde nicht für Gemeindevertreter sondern ausschließlich für die Einwohner die keine Gemeindevertreter sind, gedacht ist.
(3) Die Öffentlichkeit ist grundsätzlich in folgenden Fällen ausgeschlossen: 1. einzelne Personalangelegenheiten außer Wahlen und Abberufungen, 2. Steuer- und Abgabeangelegenheiten Einzelner, 3. Grundstücksgeschäfte, 4. Vergabe von Aufträgen.	(3) Die Öffentlichkeit ist grundsätzlich in folgenden Fällen ausgeschlossen: 1. einzelne Personalangelegenheiten außer Wahlen und Abberufungen, 2. Steuer- und Abgabeangelegenheiten Einzelner, 3. Grundstücksgeschäfte,	Die Streichung der Ziffer 4 war erforderlich auf Grund der Änderung des § 22 der Kommunalverfassung. Danach entscheidet die Gemeindevertretung nur noch über die Einleitung und Ausgestaltung von Vergabeverfahren. Die Entscheidung über die Erteilung des Zuschlages ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung im Sinne des § 38 Abs. 3 Satz 3 der KV M-V.

Sollten keine überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner betroffen sein, sind auch die Angelegenheiten der Ziffern 1-4 in öffentlicher Sitzung zu behandeln.		Sollten keine überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner betroffen sein, sind auch die Angelegenheiten der Ziffern 1-3 in öffentlicher Sitzung zu behandeln.		Auf Grund des Wegfalls der Ziffer 4 ist hier eine Anpassung erforderlich.
§ 5 Ausschüsse		§ 5 Ausschüsse		
(1) Folgende Ausschüsse werden gebildet:		(1) Folgende Ausschüsse werden gebildet:		
Bezeichnung/ Zusammensetzung	Aufgabengebiet	Bezeichnung/ Zusammensetzung	Aufgabengebiet	
<u>a) Haupt- und Finanzausschuss</u>		<u>a) Haupt- und Finanzausschuss</u>		
Bürgermeister und 6 Gemeindevorte-reter	- Finanz- und Haushaltsangelegenheiten einschließlich Abgabenangelegenheiten	Bürgermeister und 6 Gemeindevorte-reter	- Finanz- und Haushaltsangelegenheiten einschließlich Abgabenangelegenheiten	
	- Personal- und Organisationsangelegenheiten		- Personal- und Organisationsangelegenheiten	
	- Schulangelegenheiten		- Schulangelegenheiten	
	- Brandschutz		- Brandschutz	
	- Marktangelegenheiten		- Marktangelegenheiten	
	- Entscheidungen über den Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten ab einem Wert von 5.000,01 EUR, wenn der Erwerb im Zusammenhang mit einer Maßnahme steht, die von der Gemeindevertretung im Rah-		- Entscheidungen über den Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten ab einem Wert von 5.000,01 EUR, wenn der Erwerb im Zusammenhang mit einer Maßnahme steht, die von der Gemeindevertretung im Rah-	

	men einer Haushaltssatzung oder auf andere Weise beschlossen worden ist,		men einer Haushaltssatzung oder auf andere Weise beschlossen worden ist,	
	- Entscheidungen über die entgeltliche Veräußerung, den Tausch oder die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten ab einem Wert von 5.000,01 EUR,		- Entscheidungen über die entgeltliche Veräußerung, den Tausch oder die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten ab einem Wert von 5.000,01 EUR,	
	- Entscheidungen zum Erwerb von beweglichen Sachen, von Forderungen und anderen Rechten ab einem Wert von 5.000,01 EUR bis zum Wert von 10.000,00 EUR,		- Entscheidungen zum Erwerb von beweglichen Sachen, von Forderungen und anderen Rechten ab einem Wert von 5.000,01 EUR bis zum Wert von 10.000,00 EUR,	
	- Entscheidungen zur entgeltliche Veräußerung von beweglichen Sachen, Forderungen und anderen Rechten ab einem Wert von 5.000,01 EUR bis zu einem Wert von 10.000,00 EUR,		- Entscheidungen zur entgeltliche Veräußerung von beweglichen Sachen, Forderungen und anderen Rechten ab einem Wert von 5.000,01 EUR bis zu einem Wert von 10.000,00 EUR,	
	- unentgeltliche Veräußerung von Grundstücken, beweglichen Sachen, Forderungen und anderen Rechten ab einem Wert von 1.000 EUR bis zu einem Wert von 5.000,01 EUR		- unentgeltliche Veräußerung von Grundstücken, beweglichen Sachen, Forderungen und anderen Rechten ab einem Wert von 1.000 EUR bis zu einem Wert von 5.000,01 EUR	

	<p>- Entscheidungen über Vergaben von Bauleistungen nach der VOB ab einem Wert von 5.000,01 EUR sowie von Lieferungen und Leistungen nach der VOL und freiberuflichen Leistungen nach der VOF ab einem Wert von 5.000,01 EUR,</p>			<p>Die Streichung ist erforderlich auf Grund der Änderung des § 22 der Kommunalverfassung. Danach entscheidet die Gemeindevertretung nur noch über die Einleitung und Ausgestaltung von Vergabeverfahren. Die Entscheidung über die Erteilung des Zuschlages ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung im Sinne des § 38 Abs. 3 Satz 3 der KV M-V. Soweit die Gemeindevertretung keine Entscheidungsbefugnisse hat, können auch keine Befugnisse übertragen werden.</p>
	<p>- im Rahmen der Haushaltsführung, Entscheidungen zu überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt bzw. überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt im Einzelfall von einem Wert ab 1.000,01 EUR sowie die Entscheidung zu außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt bzw. außerplanmäßige Auszahlungen im Finanzhaushalt im Einzelfall von einem Wert ab 1.000,01 EUR, mit Ausnahme der zahlungsunwirksamen über- oder außerplanmäßigen Aufwendungen, die in die Zuständigkeit des Bürgermeisters fallen,</p>		<p>- im Rahmen der Haushaltsführung, Entscheidungen zu überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt bzw. überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt im Einzelfall von einem Wert ab 1.000,01 EUR sowie die Entscheidung zu außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt bzw. außerplanmäßige Auszahlungen im Finanzhaushalt im Einzelfall von einem Wert ab 1.000,01 EUR, mit Ausnahme der zahlungsunwirksamen über- oder außerplanmäßigen Aufwendungen, die in die Zuständigkeit des Bürgermeisters fallen,</p>	

	- Aufnahme von genehmigten Krediten ab einem Wert von 50.000,01 EUR,		- Aufnahme von genehmigten Krediten ab einem Wert von 50.000,01 EUR,	
	- Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung von anderen Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen ab einem Wert von 5.000,01 EUR bis zu einem Wert von 10.000 EUR,		- Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung von anderen Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen ab einem Wert von 5.000,01 EUR bis zu einem Wert von 10.000 EUR,	
	- alle sonstigen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verträge sowie einseitige schuldrechtliche Verpflichtungen ab einem Wert von 5.000,01 EUR bis zu einem Wert von 10.000 EUR.		- alle sonstigen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verträge sowie einseitige schuldrechtliche Verpflichtungen ab einem Wert von 5.000,01 EUR bis zu einem Wert von 10.000 EUR.	
	- Entscheidungen zum gemeindlichen Einvernehmen nach BauGB			Diese Aufgabe wurde auf Grund der kurzen Fristen für die Erteilung/Versagung des Einvernehmens dem Bürgermeister zugeordnet. Dieser soll diese Entscheidungen auf Empfehlung des Ausschusses für Bau, Gemeindeentwicklung und Umwelt treffen.
	- Entscheidungen über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im Sinne von § 44 Abs. 4 KV M-V von 100 bis 1.000 Euro		- Entscheidungen über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im Sinne von § 44 Abs. 4 KV M-V von 100 bis 1.000 Euro	

Die Gemeindevertretung ist laufend über die Entscheidungen zu unterrichten.	Die Gemeindevertretung ist laufend über die Entscheidungen zu unterrichten.	
<u>b) Ausschuss für Bildung, Soziales, Jugend, Kultur und Sport</u>	<u>b) Ausschuss für Bildung, Soziales, Jugend, Kultur und Sport</u>	
4 Gemeindevertreter und 3 sachkundiger Einwohner - Betreuung der Schul- und Kultureinrichtungen - Kulturförderung - Sportentwicklung - Jugendförderung - Kindertagesstätten - Sozialangelegenheiten	4 Gemeindevertreter und 3 sachkundiger Einwohner - Betreuung der Schul- und Kultureinrichtungen - Kulturförderung - Sportentwicklung - Jugendförderung - Kindertagesstätten - Sozialangelegenheiten	
<u>c) Ausschuss für Bau, Gemeindeentwicklung und Umwelt</u>	<u>c) Ausschuss für Bau, Gemeindeentwicklung und Umwelt</u>	
4 Gemeindevertreter und 3 sachkundiger Einwohner - Bauleitplanung und Bauwesen - Sanierung und Dorfentwicklung - Verkehrs und Wirtschaftsförderung - Tourismus - Umwelt- und Naturschutz - Landschaftspflege	4 Gemeindevertreter und 3 sachkundiger Einwohner - Bauleitplanung und Bauwesen - Sanierung und Dorfentwicklung - Verkehrs und Wirtschaftsförderung - Tourismus - Umwelt- und Naturschutz - Landschaftspflege	
<u>d) Rechnungsprüfungsausschuss</u>		
2 Gemeindevertreter und 1 sachkundiger Einwohner - Rechnungsprüfung - Prüfung von Verträgen und Vereinbarungen		

(2) Die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Rechnungsprüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Sitzungen des Ausschusses für Bildung, Soziales, Jugend, Kultur und Sport und des Ausschusses für Bau, Gemeindeentwicklung und Umwelt sind öffentlich, hierbei sind die Regelungen des § 3 Abs. 2 zu berücksichtigen.	(2) Die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses sind nicht öffentlich. Die Sitzungen des Ausschusses für Bildung, Soziales, Jugend, Kultur und Sport und des Ausschusses für Bau, Gemeindeentwicklung und Umwelt sind öffentlich, hierbei sind die Regelungen des § 3 Abs. 2 zu berücksichtigen.	
(3) Es werden keine Stellvertreter für die Mitglieder der Ausschüsse gewählt.	(3) Es werden keine Stellvertreter für die Mitglieder der Ausschüsse gewählt. Für die jeweiligen Vorsitzenden der Ausschüsse sind zwei Stellvertreter zu wählen.	Nach § 36 Abs. 4 KV M-V sind für den Ausschussvorsitzenden ein 1. und ein 2. Stellvertreter zu wählen
	(4) Die Aufgaben des Rechnungsprüfungsausschusses werden dem Rechnungsprüfungsausschuss des Amtes übertragen.	Vorschlag des Bürgermeisters, diesen Ausschuss, den auch die anderen Gemeinden nutzen mit den Aufgaben zu betrauen
§ 6 Bürgermeister	§ 6 Bürgermeister	
(1) Der Bürgermeister trifft Entscheidungen unterhalb der folgenden Wertgrenzen:	(1) Der Bürgermeister trifft Entscheidungen unterhalb der folgenden Wertgrenzen:	
1. Entscheidungen über den Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR, wenn der Erwerb im Zusammenhang mit einer Maßnahme steht, die von der Gemeindevertretung im Rahmen einer Haushaltssatzung oder auf andere Weise beschlossen worden ist,	1. Entscheidungen über den Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR, wenn der Erwerb im Zusammenhang mit einer Maßnahme steht, die von der Gemeindevertretung im Rahmen einer Haushaltssatzung oder auf andere Weise beschlossen worden ist,	
2. Entscheidungen über die entgeltliche Veräußerung, den Tausch oder die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen	2. Entscheidungen über die entgeltliche Veräußerung, den Tausch oder die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen	

Rechten bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR,	Rechten bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR,	
3. Entscheidungen zum Erwerb von beweglichen Sachen, von Forderungen und anderen Rechten bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR,	3. Entscheidungen zum Erwerb von beweglichen Sachen, von Forderungen und anderen Rechten bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR,	
4. Entscheidungen zur entgeltliche Veräußerung von beweglichen Sachen, Forderungen und anderen Rechten bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR	4. Entscheidungen zur entgeltliche Veräußerung von beweglichen Sachen, Forderungen und anderen Rechten bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR	
5. unentgeltliche Veräußerung von Grundstücken, beweglichen Sachen, Forderungen und anderen Rechten bis zu einem Wert von 1.000,00 EUR,	5. unentgeltliche Veräußerung von Grundstücken, beweglichen Sachen, Forderungen und anderen Rechten bis zu einem Wert von 1.000,00 EUR,	
6. Entscheidungen über Vergaben von Bauleistungen nach der VOB bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR sowie von Lieferungen und Leistungen nach der VOL und freiberuflichen Leistungen nach der VOF bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR,		Die Streichung ist erforderlich auf Grund der Änderung des § 22 der Kommunalverfassung. Danach entscheidet die Gemeindevertretung nur noch über die Einleitung und Ausgestaltung von Vergabeverfahren. Die Entscheidung über die Erteilung des Zuschlages ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung im Sinne des § 38 Abs. 3 Satz 3 der KV M-V. Soweit die Gemeindevertretung keine Entscheidungsbefugnisse hat, können auch keine Befugnisse übertragen werden.
7. im Rahmen der Haushaltsführung Entscheidungen zu überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt bzw. überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt im Einzelfall von bis zu 1.000,00 EUR, sowie die Entscheidung zu außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt bzw. außerplanmäßige Auszahlungen im Finanzhaushalt im Einzelfall von bis zu 1.000,00 EUR,	6. im Rahmen der Haushaltsführung Entscheidungen zu überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt bzw. überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt im Einzelfall von bis zu 1.000,00 EUR, sowie die Entscheidung zu außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt bzw. außerplanmäßige Auszahlungen im Finanzhaushalt im Einzelfall von bis zu 1.000,00 EUR,	

8. Aufnahme von genehmigten Krediten bis zu einem Wert von 50.000,00 EUR,	7. Aufnahme von genehmigten Krediten bis zu einem Wert von 50.000,00 EUR,	
9. Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung von anderen Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR,	8. Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung von anderen Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR,	
10. alle sonstigen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verträge sowie einseitige schuldrechtliche Verpflichtungen bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR. Bei Dauer-schuldverhältnissen und wiederkehrenden Leistungen bestimmen sich die Wertgrenzen nach dem Jahresbetrag der Leistungen.	9. alle sonstigen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verträge sowie einseitige schuldrechtliche Verpflichtungen bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR. Bei Dauer-schuldverhältnissen und wiederkehrenden Leistungen bestimmen sich die Wertgrenzen nach dem Jahresbetrag der Leistungen.	
	10. Entscheidungen zum gemeindlichen Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der Empfehlung des Ausschusses für Bau, Gemeindeentwicklung und Umwelt	Diese Aufgabe sollte auf Grund der kurzen Fristen für die Erteilung/Versagung des Einvernehmens dem Bürgermeister zugeordnet.
(2) Die Gemeindevertretung ist laufend über die Entscheidungen im Sinne des Abs. 1 zu unterrichten.	(2) Die Gemeindevertretung ist laufend über die Entscheidungen im Sinne des Abs. 1 zu unterrichten.	
(3) Verpflichtungserklärungen der Gemeinde bis zu einer Wertgrenze von 750,- € bzw. von 250,- € bei wiederkehrenden Verpflichtungen können vom Bürgermeister allein bzw. durch eine oder einen von ihm beauftragten Bediensteten des Amtes in einfacher Schriftform ausgefertigt werden. Bei Erklärungen gegenüber einem Gericht liegt diese Wertgrenze bei 2.500,-€.	(3) Verpflichtungserklärungen der Gemeinde bis zu einer Wertgrenze von 750,- € bzw. von 250,- € bei wiederkehrenden Verpflichtungen können vom Bürgermeister allein bzw. durch eine oder einen von ihm beauftragten Bediensteten des Amtes in einfacher Schriftform ausgefertigt werden. Bei Erklärungen gegenüber einem Gericht liegt diese Wertgrenze bei 2.500,-€.	

(4) Der Bürgermeister entscheidet über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnliche Zuwendungen bis 100 Euro.	(4) Der Bürgermeister entscheidet über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnliche Zuwendungen bis 100 Euro.	
§ 7 Entschädigungen	§ 7 Entschädigungen	
(1) Der Bürgermeister erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung von 1.800 Euro. Im Krankheitsfall wird diese Entschädigung 6 Wochen weitergezahlt. Eine Weiterzahlung erfolgt auch bei urlaubsbedingter Abwesenheit, soweit diese zu vertretenden Zeiten nicht über 3 Monate hinausgehen	(1) Der Bürgermeister erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung von 1.800 Euro. Eine Weiterzahlung erfolgt im Krankheitsfall und auch bei urlaubsbedingter Abwesenheit, soweit diese zu vertretenden Zeiten zusammenhängend nicht über 3 Monate hinausgehen.	Die Änderung dient einer einfacheren Sprachweise und damit dem besseren Verständnis
(2) Der oder die erste stellvertretende Person des ehrenamtlichen Bürgermeisters erhält monatlich 360 Euro, die zweite Stellvertretung monatlich 180 Euro. Zusätzlich erhalten sie ein Sitzungsgeld von 40 Euro. Sollte bei Verhinderung des Bürgermeisters ein konkretes Dienstgeschäft vorgenommen werden, erhalten diese Personen für die Stellvertretung ein Dreißigstel der Bürgermeisterentschädigung nach Abs. 1, wenn es sich nicht um eine Sitzung handelt. Nach drei Monaten Vertretung erhält die stellvertretende Person die volle Aufwandsentschädigung nach Abs. 1. Damit entfallen Aufwandsentschädigungen für die Stellvertretung.	(2) Der oder die erste stellvertretende Person des ehrenamtlichen Bürgermeisters erhält monatlich 360 Euro, die zweite Stellvertretung monatlich 180 Euro. Zusätzlich erhalten sie ein Sitzungsgeld von 40 Euro. Sollte bei Verhinderung des Bürgermeisters ein konkretes Dienstgeschäft vorgenommen werden, erhalten diese Personen für die Stellvertretung ein Dreißigstel der Bürgermeisterentschädigung nach Abs. 1, wenn es sich nicht um eine Sitzung handelt. Nach drei Monaten Vertretung erhält die stellvertretende Person die volle Aufwandsentschädigung nach Abs. 1. Damit entfallen Aufwandsentschädigungen für die Stellvertretung.	
(3) Die Mitglieder der Gemeindevertretung erhalten für Sitzungen der Gemeindevertretungen, ihrer Ausschüsse und der Fraktionen ein Sitzungsgeld von 40 Euro. Gleiches gilt für die	(3) Die Mitglieder der Gemeindevertretung erhalten für Sitzungen der Gemeindevertretungen, ihrer Ausschüsse und der Fraktionen ein Sitzungs-	

sachkundigen Einwohner für die Teilnahme an Sitzungen des Ausschusses, in dem sie gewählt worden sind und der Fraktion, die sich mit der Sitzungsvorbereitung dieser Ausschusssitzungen befasst. Ausschussvorsitzende erhalten für jede von ihnen geleitete Ausschusssitzung 60 Euro Die Mitglieder der Gemeindevertretung, die keine funktionsbezogene Aufwandsentschädigung nach den Absätzen 1, 2 oder 5 erhalten, erhalten einen monatlichen Sockelbetrag von 30 €.	geld von 40 Euro. Gleiches gilt für die sachkundigen Einwohner für die Teilnahme an Sitzungen des Ausschusses, in dem sie gewählt worden sind und der Fraktion, die sich mit der Sitzungsvorbereitung dieser Ausschusssitzungen befasst. Ausschussvorsitzende erhalten für jede von ihnen geleitete Ausschusssitzung 60 Euro Die Mitglieder der Gemeindevertretung, die keine funktionsbezogene Aufwandsentschädigung nach den Absätzen 1, 2 oder 5 erhalten, erhalten einen monatlichen Sockelbetrag von 30 €.	
(4) Pro Tag darf nur ein Sitzungsgeld gewährt werden.	(4) Pro Tag darf nur ein Sitzungsgeld gewährt werden.	
(5) Die Vorsitzenden der Fraktionen erhalten eine funktionsbezogene Aufwandsentschädigung von 100 Euro. Zusätzlich erhalten sie für die Sitzung der Gemeindevertretung und der Ausschüsse das Sitzungsgeld nach Abs. 3.	(5) Die Vorsitzenden der Fraktionen erhalten eine funktionsbezogene Aufwandsentschädigung von 100 Euro. Zusätzlich erhalten sie für die Sitzung der Gemeindevertretung und der Ausschüsse das Sitzungsgeld nach Abs. 3.	
§ 8 Öffentliche Bekanntmachungen		
(1) Öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde erfolgen durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln.	(1) Öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde erfolgen durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln. Die zusätzlichen Internetbekanntmachungen nach den Vorschriften des BauGB erfolgen über die Internetseite www.amt-nord-ruegen.de.	R mit Frau Riedel (siehe Seite 37 Arbeitshilfe und zu berücksichtigende Unterlagen)
(2) Die Bekanntmachungstafeln der Gemeinde befinden sich:	(2) Die Bekanntmachungstafeln der Gemeinde befinden sich:	

<ul style="list-style-type: none"> - in Sagard in der Schulstraße 15 (Gemeindezentrum - außerhalb am Gebäude), - in Sagard in der August-Bebel-Straße Nr. 36 (ehemaliges Boxmuseum - außerhalb des Gebäudes), - in Sagard in der Ernst-Thälmann-Straße Nr. 37 (Amtsverwaltung - außerhalb des Gebäudes) und - in Neddesitz neben der Feuerwehr (außerhalb des Gebäudes) 	<ul style="list-style-type: none"> - in Sagard in der Schulstraße 15 (Gemeindezentrum - außerhalb am Gebäude), - in Sagard in der August-Bebel-Straße Nr. 36 (ehemaliges Boxmuseum - außerhalb des Gebäudes), - in Sagard in der Ernst-Thälmann-Straße Nr. 37 (Amtsverwaltung - außerhalb des Gebäudes) und - in Neddesitz neben der Feuerwehr (außerhalb des Gebäudes) 	
<p>(3) Die Dauer des Aushangs beträgt 14 Tage (Aushangsfrist), wobei der Tag des Anschlags und der Tag der Abnahme nicht mitgerechnet werden. Die Bekanntmachung ist mit Ablauf des letzten Tages der Aushangsfrist bewirkt. Für öffentliche Bekanntmachungen nach § 29 Abs. 6 KV M-V ist die in der Geschäftsordnung festgelegte Frist maßgebend.</p>	<p>(3) Die Dauer des Aushangs beträgt 14 Tage (Aushangsfrist), wobei der Tag des Anschlags und der Tag der Abnahme nicht mitgerechnet werden. Die Bekanntmachung ist mit Ablauf des letzten Tages der Aushangsfrist bewirkt. Für öffentliche Bekanntmachungen nach § 29 Abs. 6 KV M-V ist die in der Geschäftsordnung festgelegte Frist maßgebend.</p>	
<p>(4) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas andere bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.</p>	<p>(4) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas andere bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.</p>	
<p>(5) Vereinfachte Bekanntmachungen und Wahlbekanntmachungen erfolgen durch Aushang an den unter Absatz 2 genannten Bekanntmachungstafeln. Absatz 3 Satz 3 ist gleichfalls anzuwenden.</p>	<p>(5) Vereinfachte Bekanntmachungen und Wahlbekanntmachungen erfolgen durch Aushang an den unter Absatz 2 genannten Bekanntmachungstafeln. Absatz 3 Satz 3 ist gleichfalls anzuwenden.</p>	

<p>(6) Ist die öffentliche Bekanntmachung einer ortsrechtlichen Bestimmung in üblicher Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so ist die Bevölkerung durch schriftliche Einzelinformation in Kenntnis zu setzen. Die öffentliche Bekanntmachung in der vorgeschriebenen Form ist nach dem entfallen des Hinderungsgrundes unverzüglich nachzuholen.</p>	<p>(6) Ist die öffentliche Bekanntmachung einer ortsrechtlichen Bestimmung in üblicher Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so ist die Bevölkerung durch schriftliche Einzelinformation in Kenntnis zu setzen. Die öffentliche Bekanntmachung in der vorgeschriebenen Form ist nach dem entfallen des Hinderungsgrundes unverzüglich nachzuholen.</p>	
<p>(7) Einladungen zu den Sitzungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse werden durch Aushang an der Bekanntmachungstafel öffentlich bekannt gemacht.</p>	<p>(7) Einladungen zu den Sitzungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse werden durch Aushang an den unter Absatz 2 genannten Bekanntmachungstafeln öffentlich bekannt gemacht.</p>	<p>Der Zusatz dient der Konkretisierung.</p>
	<p>(8) Die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Gemeindevertretungssitzungen sind über die Internetseite www.amt-nord-rueden.de einzusehen.</p>	<p>Dieser Zusatz ist für die Einwohner, damit diese wissen, wo sie sich über die Sitzungen informieren können</p>